Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 152 (1986)

Heft: 9

Artikel: Sicherheitspolitik SPD

Autor: Galli, Serge

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-57250

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sicherheitspolitik SPD

Serge Galli

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 3ϕ8'1986

Über die wehrpolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokraten besteht – zur Zeit noch – wenig Klarheit. Wird die Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis bejaht? Allenfalls unter welchen Bedingungen? Bestehen Tendenzen zum Neutralismus? Wie steht es um die nukleare Abschreckung? Und die Rolle der konventionellen Verteidigung?
Der Autor, der diesen Fragen nachgeht, steht der SPD nahe. Er ist mit der sicherheitspolitischen Diskussion in Europa und insbesondere derjenigen in der Bundesrepublik gut vertraut. Mit Rücksicht auf seine Stellung legt er Wert darauf, den Artikel mit einem Pseudonym zeichnen zu dürfen. fas

Die SPD beschloss auf ihrem Parteitag 1982 in München, «sich an der Diskussion über neue sicherheitspolitische Strategien, die international und in der Bundesrepublik in Gang gekommen ist, zu beteiligen». Aufgrund des hierfür von einer Arbeitsgruppe entwickelten Grundlagenberichtes sowie der Anträge des ausserordentlichen SPD-Parteitages vom November 1983 in Köln gab der Parteitag 1984 (Juni in Essen) der *Kommission für Sicherheitspolitik* u. a. folgende «Vorschläge für eine Weiterentwicklung sozialdemokratischer Sicherheitspolitik» als Leitlinien ihrer Arbeit auf den Weg:

– «Die Bundesrepublik bleibt politisch und militärisch eingebunden in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO. Sie findet das für uns erreichbare Mass an Sicherheit nur mit ihren Partnern und nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und durchsetzen kann. Dabei ist es offensichtlich, dass das Sicherheitsinteresse Westeuropas aufgrund der geopolitischen Lage nicht dekkungsgleich mit dem der atlantischen Partner sein kann, und dass die Sicherheitsphilosophie von Nuklearmächten eine andere ist als die der Nicht-Nuklearmächte.» Die Bundesrepublik dürfe nicht Glacis für die Interessen von Grossmächten sein und nicht zum «Schauplatz eines Stellvertreterkrieges» werden. Dies würde «der im Harmel-Bericht festgelegten Verbindung von Entspannung und Verteidigungsfähigkeit widersprechen».
– Ziel sei es, «auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft der bestehenden Militärblöcke eine europäische Friedensordnung zu schaffen, die diese Blöcke überwindet».
– Ausgangspunkt für eine Strategiedebatte im westlichen Bündnis sei «die gemeinsam beschlossene, heute gültige Strategie».
– Ein neues Sicherheitskonzept müsse von der nuklearen Abschreckung wegführen «und schrittweise eine defensive konventionelle Struktur herstellen, so dass langfristig eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht» werde.

In dieser schwerpunktmässigen Ausrichtung der sozialdemokratischen Strategiediskussion in der *Kommission für Sicherheitspolitik* widerspiegelt sich die politische Unrast innerhalb und im Umfeld der SPD, die im Zusammenhang mit der Stationierung von Pershings-II und Cruisemissiles einer breiten – vorab auch kirchliche Kreise affizierenden – Friedensbewegung in der BRD Auftrieb gegeben hatte. Ein Phänomen, das nicht nur der Bundesrepublik eigen war, sondern grenzüberschreitend auch in weiteren europäischen Ländern sich in einer Eskalation der innenpolitischen Auseinandersetzung in Erscheinung setzte.

Es wäre verfehlt, diese der SPD-Kommission für Sicherheitspolitik mit auf den Weg gegebene Hinterfragung der Gültigkeit des bisherigen sicherheitspolitischen Konzeptes allein oder primär auf das Ausscheiden der SPD aus der Regierungsverantwortung zurückzuführen. Der Trend hierzu war bereits während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts zu verzeichnen; er trat allerdings unmittelbar vor und nach der «Wende» in Bonn, zu der ein Teil seiner Wortführer wacker beigetragen hatten, profilierter – und nicht mehr durch die in Regierungsverantwortung stehende Partei «abgeschottet» – offen zutage. Letztlich reflektierte (und reflektiert) er die «politische Krise der NATO», deren Herd – der sich angesichts der «eurostrategischen Destabilisierung» durch das wachsende Potential an Mittelstreckenraketen (SS-20) im Warschauer Pakt ausbreitende Schwund an Vertrauen in die Sicherheitsgarantie der USA – mittels des Doppelbeschlusses der NATO wohl überbrückt, aber keineswegs behoben worden ist. (Der Doppelbeschluss der NATO kam bekanntlich nicht so sehr auf Drängen der USA zustande, sondern wurde durch Bundeskanzler *Helmut Schmidt* aufgrund der bundesrepublikanischen Bedenken wegen der sowjetischen Ausrüstung mit SS-20-Raketenstellungen westlich des Urals in die Wege geleitet.)

Die SPD-Kommission für Sicherheitspolitik hatte überdies zwei nicht nur in der BRD sich stellende Probleme für die sogenannte «Akzeptanz» einer militärisch ausreichend ausgestatteten, glaubwürdigen Sicherheitspolitik zu konfrontieren: Das Absinken der Wehrpflichtigenzahlen in den neunziger Jahren sowie die angespannte finanzpolitische Lage, die bei erheblich höherem Aufwand für militärische Technologie die Bereitstellung ausreichender Mittel für das sozialpolitische Sicherheitsnetz gefährden könnte. Bei-

Wer die Wirkung von Waffen kennt, wer wirklich weiss, was ein Krieg unter heutigen Bedingungen bedeuten würde, der hat gar kein wichtigeres Ziel, als den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.
Der Ernstfall für die Bundeswehr ist die Sicherung des Friedens. Das habe ich bei ihrer Führung erlebt. Ich fühle mich bei ihr besonnen und verantwortlich beraten. Wir alle können es tun.
(R. v. W.)

de Aspekte sind sowohl für das politische Umfeld der SPD wie auch für ihr innerparteiliches «Klima» von besonderem Gewicht.

In keinem Zeitpunkt kam es in den bis Ende 1985 sich hinziehenden Diskussionen innerhalb der vom Parteivorstand bestellten und von dessen Vertrauen getragenen Kommission für Sicherheitspolitik zu einem Zweifel an der Notwendigkeit der Einbettung der BRD in die Europäische Gemeinschaft oder deren Bündnistreue zur NATO. Dies wäre wohl auch schwerlich möglich gewesen in einer Partei, deren massgebliche Exponenten in bedeutender Weise zur Haltung der von *Felipe Gonzalez* geführten spanischen Bruderpartei auf Regierungsebene in der Frage der NATO-Mitgliedschaft Spaniens beigetragen haben. Und der in dieser Frage anders orientierte sozialdemokratische Ministerpräsident des Saarlandes, *Oskar Lafontaine,* ist höchstenfalls eine repräsentative Ausnahme dieses bedeutsamen Sachverhaltes und bestätigt mit seiner relativ schwindenden Bedeutung innerhalb der binnenparteilichen sicherheitspolitischen Diskussion das **Feststehen dieser für die Sicherheitspolitik der SPD gültigen Regel unanzweifelbarer NATO-Verbundenheit.**

Dasselbe gilt für das **operative Konzept der Vorneverteidigung,** dessen konkrete Interpretation durch die SPD-Kommission für Sicherheitspolitik zufolge von einzelnen, durch Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangten, aus dem Zusammenhang gerissenen Äusserungen in einem Diskussionspapier von *Andreas von Bülow* in den Medien fehlgedeutet und daher auch denn missverständlich wiedergegeben und erörtert worden ist. Natürlich kann nicht übersehen werden, dass die Abschreckungsstrategie und die Kernwaffen innerhalb weiter Kreise der SPD und ihres politischen Umfeldes – aber nicht nur dort! – auf Ablehnung stossen. Viele zögen beiden eine auf konventionelle Mittel gestützte «Verteidigungsstrategie» vor.

Kein Geringerer als der in SPD, Gewerkschaften, kirchlichen Kreisen und weit darüber hinaus allgemein hohes Ansehen geniessende Experte der SPD für Sicherheitspolitik und Rüstungssteuerung, *General a. D. Wolf Graf von Baudissin,* einer der «Väter» der Flexible-Response-Strategie der NATO, trat und tritt – nicht ohne Erfolg – gegen diese unterschwellig weit verbreitete Sehnsucht mit etwa folgenden Überlegungen und Argumenten an: Eine Ablehnung der Abschreckungsstrategie und der Nuklearwaffen wirft erhebliche sicherheits- und bündnispolitische wie rüstungssteuerliche, aber auch strategische, strukturelle bzw. bewaffnungstechnologische Fragen auf. Das Verhältnis zur Abschreckung wird weitgehend durch das Menschenbild, d.h. das Verhältnis zur Lernfähigkeit der Menschen bestimmt. Die Verfechter dieser Strategie halten eine beiderseitige Selbstabschreckung, d.h. eine Mutual Assured Destruction Capability, die den Streitkräften eine rein prohibitive Funktion zuschreibt, für die **wirksamste Form der Kriegsverhütung.**

Es ist meine Überzeugung, dass eine Demokratie bei ihrer Verteidigung gegen fremde Gewalt sich nicht auf Freiwillige oder Söldner verlassen darf; vielmehr sollte jeder Bürger begreifen, dass er selber sein Leben einsetzen muss, wenn er eine sichere Verteidigung will.

alt Bundeskanzler Helmut Schmidt

Erst das Nichtbegnügen mit einer «sufficiency» im Sinne der Zweitschlagfähigkeit führt zu «war-fighting»- oder gar «war-winning»-Illusionen und entsprechenden Rüstungen. Die Verfechter der Verteidigungsstrategie gehen von der Annahme aus, man könne in einem Kriege noch etwas schützen. Sie übersehen die hohe Verwundbarkeit hochentwickelter Gesellschaften sowie die zunehmende Wirkung heutiger Waffen. Wer davon ausgeht, dass Verteidigung «trotz allem lohnend» ist, kommt nicht darum herum einzuräumen, dass sich ein potentieller Aggressor mit ebenso klassischen Vorstellungen einen Angriffserfolg bei tragbarem Risiko errechnen kann. Das **geeignete operative Konzept einer Abschreckungsstrategie** ist die **Vorneverteidigung;** diese würde aber nicht in den Rahmen einer Verteidigungsstrategie passen, da letztere mangels glaubwürdiger Eskalationsmöglichkeiten eine möglichste Tiefe zur Abnutzung des Angreifers benötigt, bei Vorneverteidigung aber den Verteidiger abnutzen und so bei tiefen Einbrüchen der Aggression Siegeschancen eröffnen würde.

Und der mit Blick auf die militärgeographische Lage der BRD und die jüngere deutsche Geschichte als unerlässlich erachteten Suche zur Realisierung «struktureller Nicht-Angriffsfähigkeit» wird entgegengehalten: «Entspannungs- und sicherheitspolitisch gibt es keine bessere Vorbeugung gegen bundesdeutsch-‹revanchistische› Vorstösse nach Osten als die politische Einbindung Bonns in das Bündnis und die der Bundeswehr in die multinationale Struktur der Bündnisstreitkräfte. Diese Ein- und Zuordnung schützt Osteuropa vor Bonner Alleingängen, Westeuropa vor begrenzten Angriffen.»

Ende 1985 wurde *Klaus von Schubert* – bis vor kurzem Dozent an der Hochschule der Bundeswehr, seither Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg – beauftragt, aufgrund der Diskussionen in der Kommission für Sicherheitspolitik einen **Leitantrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD** für den Bundesparteitag 1986 (letzte Augustwoche in Nürnberg) zu entwerfen. Diesem Auftrag kam K. v. Schubert Ende Februar mit einem Entwurf nach, den er als *Grundriss eines Konzeptes der Sicherheitspolitik für die neunziger Jahre* versteht. Die Schubertsche Arbeit hat in der Parteikommission etwelche – binnenparteilich bedingte – Retouchen erfahren; die Substanz ihrer wesentlichen Aussagen dürfte jedoch hiervon nicht wesentlich verändert worden sein und lässt sich in den hier interessierenden Punkten etwa so beschreiben:

– Solange es in Europa noch keine Friedensordnung ohne militärische Machtmittel gibt, bedarf die Friedenspolitik der BRD des Rückhaltes in einer auch militärisch abgestützten und in die Partnerschaft mit den westlichen Demokratien eingebundenen Sicherheitspolitik. Diese erschliesst die Chance, den Ost-West-Konflikt zu entschärfen und als gewaltfreien Wettbewerb auszutragen.

– «Die unserem Politikverständnis entsprechende Form der Selbstbehauptung ist der Nordatlantik-Pakt als ein Bündnis freier Staaten. Der Zweck des Bündnisses ist im NATO-Vertrag eindeutig als gewaltfreie Konfliktregelung im Sinne der UN-Charta und als gemeinsame Verteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen einen oder mehrere von ihnen bestimmt ...»

– Die Stabilität der Brücke über den Nordatlantik beruht auf der politischen Stärke ihrer beiden Pfeiler: USA und Westeuropa. Es dient dem erfolgreichen Fortbestand des Bündnisses, wenn die BRD ihre Sicherheitsinteressen klar artikuliert und wenn die Europäer eine aktive Rolle im Bündnis übernehmen. Die NATO dient der Selbstbehauptung des Westens; die Selbstbehauptung der Europäer dient der NATO.

– «Die Europäer in West und Ost leben in einer Gefährdungsgemeinschaft und können deshalb ihre Sicherheit nur gemeinsam wahren ... Die gemeinsame Gefährdung lässt den Gegnern im Wettstreit der Systeme keinen anderen Ausweg, als gemeinsame Verfahren der Konfliktbewältigung zu entwickeln. Sie leben in einer Sicherheitspartnerschaft.» Trotzdem heute in Europa niemand mit Aussicht auf Erfolg einen Angriff planen kann, unterhält der Ost-

West-Konflikt militärische Mittel in einer Grössenordnung, als ob jederzeit mit dem Ausbruch eines Krieges zu rechnen sei.
– Beim Warschauer Pakt ist darauf zu dringen, die Struktur seines militärischen Potentials – «spiegelbildlich» – so zu verändern, dass westliche Befürchtungen über östliche Offensivpotentiale entkräftet werden: «Kapazitäten für militärische Offensiven gefährden die Stabilität, fördern in Krisen die Eskalation und widersprechen einer Politik der Entspannung, der Vertrauensbildung und des Abbaus der militärischen Potentiale».
– Die militärischen Instrumente der NATO müssen der politischen Zielsetzung des Bündnisses – Verteidigung und Entspannung – entsprechen. Sie müssen nach dem Prinzip der Hinlänglichkeit bemessen sein, ohne Anreize zum Wettrüsten zu bieten. Sie sollen in Krisensituationen das Bündnis zur politischen Krisenbewältigung befähigen und von Eskalationszwängen freistellen.
– Das entspannungspolitische Netz der Vertrauensbildung und der «arms control» ist auszubauen und fester zu knüpfen, um endlich zu wirksamen Vereinbarungen über ausgewogenen und kontrollierten Abbau der Rüstungen zu gelangen. Die Stockholmer Konferenz zur Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) sollte zum hierfür geeigneten Forum entwickelt werden.

– «Als Europäer weisen wir die Atommächte darauf hin, dass in unserer Region auch Kernwaffen mittlerer und kurzer Reichweite den Charakter strategischer Waffen haben. Die Stationierung neuer solcher Kernwaffen in europäischen Ländern hat die strategische Situation nicht stabiler gemacht.» Die SPD fordert die USA und die Sowjetunion zu einer Vereinbarung darüber auf, diese Waffen wieder zu entfernen, wobei auch Vereinbarungen über die Abschaffung atomarer Gefechtsfeldwaffen als dringlich erachtet werden.

– «Jede Bundesregierung ist aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Mittel den Aufgaben angemessen sind, für die der Bund Streitkräfte unterhält.» In den neunziger Jahren wird die Zahl der Wehrpflichtigen abnehmen, die verfügbaren finanziellen Mittel werden zunehmen, und das strategische Konzept sowie das Rüstungsprofil werden sich verändern: «Die Streitkräfte können nicht die Last verdrängter Probleme und einer widersprüchlichen Sicherheitspolitik tragen. Der Auftrag der Bundeswehr muss nicht nur für die Gesellschaft tragbar, er muss auch für die Soldaten erfüllbar sein.»
– Gefordert wird, das militärstrategische Konzept der NATO und die Streitkräftestruktur der Bundeswehr so zu verändern, dass «Kriegsverhütung durch die Fähigkeit zur Vorneverteidigung als ein erfüllbarer Auftrag angesehen wird». Das Rüstungsprofil soll die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr durch eine verbesserte Panzerabwehr und Luftverteidigung erhöhen. Die konventionelle Abwehrfähigkeit des Bündnisses soll durch «moderne Verteidigungswaffen, die von Wehrpflichtigen bedient und in grösserer Stückzahl hergestellt werden» können, erhöht werden.
– Gefordert wird gleichzeitig eine rechtzeitige Anpassung der Wehrstruktur der BRD an die veränderten Bedingungen, u. a. durch Einbezug eines milizartigen Systems nach Schweizer Vorbild: «Die Kaderung von Verbänden und der Ersatz präsenter Soldaten durch einsatzbereite Reservisten bieten Möglichkeiten, trotz geringeren Präsenzumfangs der Bundeswehr eine wirksame Verteidigungsstruktur mit grenznaher Deckung auszubauen.» Solange eine schlüssige Bundeswehrplanung für das kommende Jahrzehnt nicht erarbeitet ist, wird die SPD einer Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate nicht zustimmen.
– Und schliesslich die Mahnung: «Der soziale Frieden ist eine Voraussetzung für die Tragfähigkeit der Verteidigung. Junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz haben und keinen Arbeitsplatz bekommen, sind kaum von der Notwendigkeit des Wehrdienstes zu überzeugen!» ■

Frau und deutsche Sicherheitspolitik

Uns interessierte nicht nur die wehrpolitische Haltung der SPD, sondern auch diejenige einer ihrer Expertinnen. Frau **Brigitte Traupe,** sozialdemokratisches Mitglied des Haushalts- und Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundetages, beantwortete der **ASMZ** gegenüber folgende Fragen:

Ist die Bundeswehr reine Männersache oder ist auch die deutsche Frau wehrpolitisch interessiert?

Welche Hauptströmungen lassen sich in den Meinungen unterscheiden?

Natürlich ist die Bundeswehr schon deshalb keine reine Männersache, weil die Mütter und Frauen der bei der Bundeswehr Tätigen davon betroffen sind. Ausserdem arbeiten rund 50 000 Frauen als zivile Bedienstete.

Warum gibt es in der BRD keinen militärischen Frauendienst?

Es gibt aus historischen Gründen in der Bundesrepublik Deutschland keinen militärischen Frauendienst. Zwei grosse Kriege und die besonders starke Belastung der Frauen in diesen Kriegen haben dazu geführt, dass wir bislang in der Bevölkerung keinen Wunsch nach dem Militärdienst für Frauen hatten.

Welchen Umfang und welche Bedeutung nimmt in Deutschland der Zivilschutz ein?

Nehmen Frauen an einer solchen Organisation teil?

Der Zivilschutz nimmt in der Bundesrepublik Deutschland lange nicht den Rang ein, den er in der Schweiz hat. Es arbeiten auch nur in begrenztem Masse Frauen in solchen Organisationen mit, allerdings gibt es sehr viele Schwesternhelferinnen, die das Rote Kreuz oder die übrigen Wohlfahrtsorganisationen ausgebildet haben.

Welche Probleme beschäftigen Sie als sozialdemokratisches Mitglied des Verteidigungsausschusses besonders an der deutschen Sicherheitspolitik?

Als sozialdemokratisches Mitglied des Haushalts- und Verteidigungsausschusses beschäftigt mich ganz besonders die wirkliche Bedrohung und Gefahr eines Krieges für beide Staaten Deutschlands. Ich habe mit Fassungslosigkeit seit 1981 zur Kenntnis nehmen müssen, welche Häufung an Waffen und Soldaten in beiden deutschen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurden! Seitdem ich Berichterstatterin der SPD-Fraktion für den gesamten Verteidigungshaushalt geworden bin, frage ich nach der Sicherheitsphilosophie und auch nach der Verteidigung der Bundesrepublik. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass verantwortliche deutsche Generäle die Aufstellung von über 3000 atomaren Kurzstreckenwaffen in der Bundesrepublik mitgetragen haben, die doch im Falle ihres Einsatzes, wenn auch nur eine oder zwei eingesetzt werden, verheerende Katastrophen im eigenen Land hervorrufen würden. Ich bin deshalb als interessierte Politikerin auch Mitglied der Nordatlantischen Versammlung geworden und werde meine ganze Kraft auch im nächsten Deutschen Bundestag dafür verwenden, dass die Sicherheitsdebatte sorgfältig geführt wird und nachgedacht wird, wie wir Abschreckung und Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland sinnvoll gestalten können. ■